

LINKS IM LANDTAG

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag

Herbst 2023



»Krankenhäuser, Arztpraxen und Apotheken überall dort, wo sie gebraucht werden! Sichere Gesundheitsversorgung überall – auch in Ganztags-Polikliniken. Dafür arbeiten wir im Landtag.«

Susanne Schaper,
gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion

GESUNDHEIT IST EIN RECHT, KEINE WARE!

Gesundheitsversorgung muss rund um die Uhr für alle Menschen bereitstehen, auch wenn das teuer ist. Wie gelingt das in Sachsen?



Die Leute beanspruchen zu Recht, dass sie gut versorgt werden. Sie bezahlen das ja mit ihren Beiträgen.

Susanne Schaper



© Fraktion DIE LINKE



© Fraktion DIE LINKE

Wer medizinische Hilfe braucht, muss sie zügig und ohne weite Wege erhalten können. Diesen Zustand zu erreichen, sollte auf der politischen Prioritätenliste weit oben stehen! Bisher dominieren Hiobsbotschaften: Zur Jahresmitte fehlten in Sachsen fast 500 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, darunter 430 für Allgemeinmedizin. Fünf der 48 Planungsbereiche sind unterversorgt: Torgau, Weißwasser, Frankenberg, Reichenbach, Werdau. In 27 Bereichen droht Unterversorgung, darunter in Freital und Eilenburg, im Vogtland, im Erzgebirge und in der Lausitz. Dazu tritt die Sorge: Wird das Krankenhaus in meiner Region geschlossen, wie es der Paracelsus-Klinik in Reichenbach/Vogtland widerfahren ist?

Görlitz, Grimma, Erlabrunn, Muldentale, Leipzig, Dresden, Torgau, Riesa, Olbernhau, Görlitz, Weißwasser, Hoyerswerda: Die Liste der Orte, an denen Kliniken oder gar ganze Krankenhausstandorte zur Disposition stehen, wächst. Geht es um Kinderkliniken oder Geburtshäuser, sind viele Menschen umso stärker alarmiert. Noch weiß niemand, welche Folgen die »Krankenhausreform« des Bundes hat. Klar ist jedoch: Die Finanzlage der meisten Krankenhäuser ist schlecht, der Mangel an Arztpraxen beunruhigend.

Gesundheitsversorgung ist eine Frage der Gerechtigkeit

Susanne Schaper befasst sich fast täglich mit diesen Themen. Die Krankenschwester und Diplom-Pflegewirtin (FH)

Susanne Schaper, Gesundheitsexpertin der Linksfraktion, zu Besuch im Herzzentrum der Uniklinik Dresden



© Klinikum St. Georg



© Fraktion DIE LINKE

Dr. Iris Minde, Geschäftsführerin des Städtischen Klinikums St. Georg in Leipzig, will »nicht am Personal knausern«



Wer verlangt denn von einer Schule, dass sie Gewinn macht?

Dr. Iris Minde

ist seit 2014 Landtagsabgeordnete und arbeitet als Gesundheitsexpertin der Linksfraktion. »Die Leute beanspruchen zu Recht, dass sie gut versorgt werden – ob in der Praxis, im Medizinischen Versorgungszentrum oder im Krankenhaus. Sie bezahlen das ja mit ihren Beiträgen«, betont sie. »Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!« Weil vielerorts Arztpraxen fehlten, würden die Krankenhäuser umso wichtiger. Deren Strukturen seien in Sachsen nach 1990 bereits ausgedünnt worden – von 125 Krankenhäusern sind nicht einmal 80 Standorte übrig. »Die Kapazitäten sind auf ein Niveau gesunken, das nicht unterschritten werden kann«, so Schaper. Legt man die Bevölkerungsdichte westdeutscher Bundesländer zugrunde, müssten laut der Krankenhausgesellschaft im Freistaat 96 Kliniken existieren.

Beispiel: Klinikum St. Georg in Leipzig

In Finanznot steckt etwa das Klinikum St. Georg in Leipzig, eines der größten und traditionsreichsten Krankenhäuser Mitteldeutschlands. Ein 100-Millionen-Euro-Kredit der Stadt musste seinen Betrieb sichern. Geschäftsführerin Dr. Iris Minde, die auch im Vorstand der Krankenhausgesellschaft sitzt, warnt: »Die finanzielle Situation bleibt sehr schwierig und angespannt.« Steigende Kosten seien eine Belastung für ihres genauso wie für die anderen Krankenhäuser. Besonders kommunale und konfessionelle Träger hätten es schwer, weil sie nicht wie Universitätskliniken vom Land oder private Kliniken von großen Konzernen unterstützt würden. Sie begrüßt dennoch gute Tarifabschlüsse: »Wir wollen nicht am Personal knausern.«

Minde spricht sich gegen die Schließung von Krankenhausstandorten aus. Das eigentliche Problem bestehe darin, dass man die Kliniken nicht ausreichend ausstatte: »Das ganze Finanzierungssystem muss überdacht werden.« Das sieht auch Susanne Schaper so: »Krankenhäuser sollen ihre Kosten decken, gute Arbeitsbedingungen bieten und bestmöglich behandeln.« Es sei ein Fehler, Krankenhäuser in einen wirtschaftlichen Wettbewerb zu zwingen – sie müssten Profit machen und seien im Falle des Misserfolgs insolvenzgefährdet, so Schaper. »Gewinne fließen ab und können nicht für bessere Versorgung genutzt werden.« Minde geht es nicht darum, vollständig alimentiert zu werden: »Wir wollen wirtschaftlich arbeiten, aber wir wollen nicht gezwungen sein, aus wirtschaftlicher Not unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen.« Krankenhäuser erfüllten eine unverzichtbare gesellschaftliche Funktion. Wenn sie außerdem auch noch Gewinn machten, sei das schön, aber das könne nicht als das eigentliche Ziel ausgegeben werden: »Wer verlangt denn von einer Schule, dass sie Gewinn macht?«

Krankenhaus-Finanzierung umkrepeln

Derzeit wird den Krankenhäusern nicht vergütet, dass sie Leistungen vorhalten, sondern dass sie Leistungen erbringen. Dieses System zwingt zur Rosinenpickerei: Weil bestimmte Behandlungen besser bezahlt werden als andere, ist es lukrativ, Fallgruppen zu bevorzugen. Die Linksfraktion will stattdessen krankenhaushausindividuelle Budgets, mit denen das Vorhalten der Leistungen angemessen

bezahlt wird. Die Versorgungsziele sollen erreicht werden – bei effizienter Betriebsführung, aber ohne Profite. Während die Krankenkassen sowie die Patientinnen und Patienten für die Betriebskosten aufkommen, ist der Freistaat gesetzlich verpflichtet, Krankenhaus-Investitionen zu finanzieren. Auch im laufenden Haushalt stellt das Land allerdings zu wenig Geld dafür bereit – das vertieft die Krise.

Teil der Lösung: Ganztags-Polikliniken

Sachsen darf keine Krankenhausstandorte einbüßen. Es ist sinnvoll, Spezialbehandlungen dort zu konzentrieren, wo das Personal einen großen Erfahrungsschatz hat. Allerdings muss das Netz für ambulante Behandlungen und die Notfallversorgung erhalten bleiben. Ein Weg, mit dem Ostdeutschland gute Erfahrungen hat, sind »Medizinische Versorgungszentren« – also Polikliniken. Sie verbinden ambulante mit stationären Angeboten, bündeln Expertise und erleichtern die Diagnostik. Künftig sollte es auch Ganztags-Polikliniken geben: Sie wären rund um die Uhr erreichbar und würden eine Notaufnahme samt Notfallambulanz mit Chirurgie und Innerer Medizin bereithalten, im besten Fall mit genug Betten. Für dieses Modell zeigt sich Iris Minde grundsätzlich offen – wenn es genug Fachpersonal gebe. »Wir könnten das schon jetzt ohne ausländische Arbeitskräfte nicht mehr stemmen«, erklärt sie. So kämen etwa vietnamesische und kolumbianische Pflegerinnen und Pfleger an das St. Georg. Minde spricht sich dafür aus, Bürokratie abzubauen und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern.



© Fraktion DIE LINKE

Warnt seit vielen Jahren vor Personalmangel: Ärztekammer-Chef Erik Bodendieck

Warum fehlen so viele Arztpraxen?

Der Personalbedarf beschäftigt auch Erik Bodendieck, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer und Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer. Trotz seiner Tätigkeit in der Selbstverwaltung arbeitet er als Facharzt für Allgemeinmedizin in einer Praxis in Wurzen, die er von seinem Vater übernommen hat. »Ich versuche, wenigstens an einem oder zwei Tagen in der Woche dort zu sein«, sagt Bodendieck. Nur so sei es möglich, die Probleme der Gesundheitsversorgung auch »von der praktischen Seite« her zu denken. Auf den großen Personalbedarf hätte die Ärzteschaft früh hingewiesen: »Unser Mahnen ist lange Jahre auf taube Ohren gestoßen, auch bei dem Herrn, der jetzt Bundesgesundheitsminister ist.« Aber warum sind so viele Hausarztstellen unbesetzt? Warum ziehen viele Medizinerinnen und Mediziner eine Festanstellung der Selbstständigkeit vor? »Ich lege den Fokus darauf, dass wir die Bedingungen für die niedergelassenen Ärzte verbessern müssen«, sagt Bodendieck. Doch mit mehr Ärztinnen und Ärzten allein werde man das Problem nicht lösen. Die »Bürokratie« sei für Ärzte, die als Selbstständige zugleich Arbeitgeber seien, zum »undurchdringlichen Dschungel« geworden. So sei die »Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)« seit Jahrzehnten veraltet und berücksichtige weder neue Leistungen noch Preissteigerungen: »Das passt alles nicht mehr!« Zudem bilde der Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) für die Abrechnung vertragsärztlicher Leistungen das Geschehen sehr unzureichend ab.

Beim Thema Krankenhäuser verlangt Bodendieck einen Perspektivwechsel. Die Diskussion dürfe nicht allein von der Frage des Erhalts dieser oder jener Klinik ausgehen: »Wir sollten so anfangen, dass wir sagen: Was ist notwendig, um die Menschen in Sachsen, egal, wo sie wohnen, so gut wie nur irgend möglich zu versorgen?« Bei anspruchsvollen Operationen sei die Konzentration auf

zentrale Standorte sinnvoll, auch im Sinne der Qualität und der Sicherheit der Patientinnen und Patienten. Dazu sei eine Verbesserung der Krankentransporte notwendig, es brauche etwa mehr Hubschrauberlandeplätze. Dennoch müsse es Ziel bleiben, die Bevölkerung überall gut zu versorgen. Es sei möglich, Krankenhäuser zu erhalten, indem man sie umstrukturiere, Ressourcen beim Fachpersonal erschließe und für die ambulante Versorgung öffne, deren Bedeutung ohnehin zunehme. Medizinische Versorgungszentren könnten ein Teil der Lösung sein. Allerdings formuliert Bodendieck eine Bedingung: Da diese Zentren Geld für jene bürokratischen Aufgaben ausgeben müssen, die niedergelassene Ärzte selbst erledigen, benötigen sie Zuschüsse, ohne die sie ihr Leistungsangebot einschränken oder es auf lukrative Leistungen fokussieren müssten. Außerdem versorgten niedergelassene Ärzte mehr Menschen als angestellte. Unersetzbar sei zudem das besondere Verhältnis zum Hausarzt.



Unser Mahnen ist lange Jahre auf taube Ohren gestoßen.

Erik Bodendieck

Aber fehlt nicht für all dies immer noch das Personal? Bodendieck verweist darauf, dass die Zahl der Facharztabschlüsse im Bereich Allgemeinmedizin gesteigert werden konnte. Die »Landsarztquote« betrachtet er jedoch mit Skepsis, auch Fachkräftezuwanderung sei kein Allheilmittel. »Ich löse das Problem nicht allein mit mehr Menschen, sondern mit Strukturwandel.« Wenn das Gesamtsystem umgestaltet werde, sei es auch vorstellbar, dass »Ganztags-Polikliniken« die Notfallversorgung unterstützen. Neben dem Bürokratieabbau und einer angemessenen Ausstattung sieht Bodendieck Nachholbedarf vor allem bei der Digitalisierung, etwa bei der elektronischen Patientenakte. Diese Forderungen unterstützt die Linksfraktion und spricht sich zudem dafür aus, mehr Medizin-Studienplätze zu schaffen.

Keine Versorgung nach Kassenlage!

Gesundheitsversorgung sollte sich nicht an der Kassenlage orientieren, plädiert Bodendieck und ist sich darin mit Susanne Schaper einig. Vielmehr habe der Staat die Pflicht, die als notwendig erkannten Strukturen ausreichend zu finanzieren. Alle Akteure des Gesundheitswesens sollten gemeinsam für Lösungen eintreten. Das fordert auch Iris Minde: Es brauche vor allem »mehr Tempo« bei der Krankenhausreform und eine Übergangsfinanzierung.

Das Gesundheitswesen benötigt dauerhaft genug Geld. Dazu muss das System der Zweiklassenmedizin überwunden werden. Eine Kasse für alle! Wer im Beruf oder am Finanzmarkt viel Geld verdient, soll angemessen ins Solidarsystem einzahlen. Bisher stellt die »Beitragsbemessungsgrenze« alle Monatseinkommen über 4.987,50 Euro brutto beitragsfrei. Würde sie aufgehoben, könnte bei der Versorgung so früh wie nötig angesetzt werden: bei stärkerer Prävention und breiterer Forschung. Auch die Apotheken vor Ort müssen gesichert werden. Sie bieten – anders als Internetapotheken – niedrigschwellige Beratung an, die dort umso wichtiger ist, wo Arztpraxen fehlen. In Zeiten des Medikamentenmangels sind sie auch deshalb unverzichtbar, weil sie Ersatzprodukte herstellen und auch dazu beraten können.

Susanne Schaper wird nicht müde, für gerechte Lösungen zu werben. Neben der Politik versucht sie, den Praxisbezug zu bewahren. Mehr als ein dutzendmal unterstützte sie Ärzteteams der Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft zur Förderung der Medizin in Vietnam beim humanitären Hilfseinsatz. Die Engagierten operieren dort kostenlos Kinder mit Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalte. Diese Fehlbildung ist weit verbreitet, seitdem die US-Truppen im Vietnamkrieg das chemische Entlaubungsmittel Agent Orange einsetzten. Das schädigt das Erbgut. »Es ist mir ein großes Anliegen, im Rahmen meiner Möglichkeiten praktische Solidarität zu üben.«, so Schaper. Und darum geht es am Ende: anderen Menschen zu helfen.



Susanne Schaper als Krankenschwester beim humanitären Hilfseinsatz in Vietnam

1,6 Mio.

ausgefallene Unterrichtsstunden

Sachsens Schulkinder büßten im letzten Schuljahr 1,6 Millionen Unterrichtsstunden ein – dieser Anteil von zehn Prozent ist ein neuer Höchstwert.



Uschi Kruse im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt im Rahmen der Fraktions-Veranstaltungsreihe »Gebhardt trifft ...«

FEHLEN NOCH ZEHN JAHRE LANG LEHRKRÄFTE?

Frau Kruse, Sie sagten einmal, Ihr Traum sei eine Pressekonferenz zum Schuljahresstart, bei der Sie nicht über Lehrkräftemangel sprechen müssen. Wann darf Ihr Nachfolger oder eine Nachfolgerin das erleben?

Das hängt von verschiedenen Faktoren ab – so muss es gelingen, die Erfolgsquote beim Lehramtsstudium zu erhöhen. Eine Rolle spielt auch, ob die Lehrpläne verändert werden, wie die Schulstruktur aussieht und ob wir ein Land bleiben, in dem junge Leute sich gern ihre berufliche Zukunft vorstellen. Wenn ich mir die Daten und die politische Realität in Sachsen ansehe, glaube ich, dass mein Nachfolger noch ein Jahrzehnt lang Lehrkräftemangel konstatieren muss. Nicht in jeder Schulart, nicht in jeder Region, aber insgesamt.

Sächsische Bildungsdebatten kreisen seit Jahren um Personalstellen. Es wird kaum darüber geredet, was wie gelernt und gelehrt werden soll. Wir finden das frustrierend. Sie auch?

Ja, ich finde das auch ärgerlich. Der Mangel an Lehrkräften und die Überlastung derjenigen, die im System sind, behindern die Innovationen, die wir dringend brauchen. Wir müssten die pädagogischen Antworten für die sich rasant verändernde Welt genauso diskutieren wie die Unterstützung der Einrichtungen, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben. Inklusion scheidet aktuell an fehlenden Rahmenbedingungen. All das kann nicht auf bessere Zeiten verschoben werden.

Dabei lässt sich doch mit Geburtenzahlen planen, wie viele Lehrkräfte nötig sind.

Man hat zu lange nur kurzfristig geplant und nie mehr Lehrkräfte eingestellt, als man rechnerisch gebraucht hat. Diejenigen, die man ab 1995 nicht eingestellt hat, fehlen heute. Um die Personalkosten zu senken, hat man bis 2010 tausende Lehrkräfte in Teilzeit gezwungen, bis 2012 hat man sie noch darum gebeten. Dann herrschte 2014 plötzlich Lehrkräftemangel. Das wirkt bis heute. Wenn eine 60-jährige Kollegin jetzt in Vollzeit wechseln soll, wird sie dafür kaum Verständnis haben. Lehrkräfte machen ja nicht Teilzeit, um weniger zu verdienen, sondern um die Arbeitsbelastung zu schultern.

Also ist Zwang, mehr zu arbeiten, nicht sinnvoll?

Natürlich kann man sich Einsicht in die Notwendigkeit wünschen. Das scheitert aber oft an der Realität. Sieht man sich die Alterszusammensetzung der Lehrerschaft an, dann gibt es – zugespitzt – vor allem diejenigen, die ihre Kinder betreuen und diejenigen, die sich um ihre alten Eltern kümmern müssen. Es ist unklug, auf diese Gruppen Zwang auszuüben. Wir brauchen nichts so sehr wie die Motivation der Beschäftigten. Außerdem: Wer ständig überlastet ist, wird krank, auch langzeitkrank. Bis heute wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht systematisch erfasst. Wir wissen aber, dass sie länger arbeiten als sie müssten.

Was ist nötig, damit vor jeder Klasse eine Lehrkraft steht?

Die Situation ist ziemlich verzweifelt. Wir brauchen

dringend Strategien, um ältere Lehrkräfte zu halten, und es wird Zeit, ausländische Abschlüsse leichter anzuerkennen. Wollen wir daran festhalten, dass zwei Fächer vorzuweisen sind, wenn man Lehrkraft werden will?

Wir brauchen eine Aufgabenkritik, die Tätigkeiten beendet, mit denen Lehrkräfte zusätzlich belastet sind. Wir müssen unbedingt jene Schulen personell stützen, die sozial besonders herausgefordert sind. Wir brauchen mehr Assistenzkräfte für Verwaltung und Digitalisierung, mehr Schulsozialarbeit und psychologische Fachkräfte. Wir müssen auch an den Unterrichtskonzepten und am politischen Klima arbeiten.

Inwiefern?

Es gehen Lehrkräfte weg, weil sie einen anderen pädagogischen Anspruch haben – oder weil sie bestimmte Haltungen politisch nicht mehr akzeptabel finden, sogar Lehrkräfte unter Druck gesetzt werden. Da hilft auch keine Verbeamtung.

Stichwort pädagogischer Anspruch: Attraktiv sind moderne Konzepte wie Gemeinschaftsschulen, wo Kinder bis zum Schluss alles erreichen können, ohne aussortiert zu werden.

Gemeinschaftsschulen sorgen durch längeres gemeinsames Lernen dafür, dass nicht schon bei Zehnjährigen über die Schullaufbahn entschieden werden muss. Das schafft soziale Ausgewogenheit. Ich wünsche mir, dass die Hürden für diese Schulart gesenkt werden, damit es mehr solche Schulgründungen gibt.

Lehrkräfte würden dann für Schulstufen statt für die Schularten Grundschule, Oberschule und Gymnasium ausgebildet. So wären sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar.

Lehrkräfte mit Blick auf Schulstufen auszubilden wäre ohnehin sinnvoll. Wir werden die Personalprobleme an den Oberschulen sonst auch kaum bewältigen. Es ist absurd, dass man junge Menschen eng für die Schulart Gymnasium ausbildet und dann versucht, sie für die Oberschule oder die Förderschule zu gewinnen. Es ist notwendig, die Lehramtsausbildung zu reformieren – durch Entscheidungen des Landtages im Rahmen eines Lehrkräftebildungsgesetzes.

Ihr Wunsch für die Schule der Zukunft?

Schule soll nicht nur ein Ort zum Lernen sein, sondern auch ein Ort, wo man sich verliebt, Freundschaften schließt, sich streitet, wo man lernt sich einzumischen und wo man Bestätigung bekommt. Ein Ort, auf den man sich freut – das gilt für die Kinder und Jugendlichen genauso wie für die Beschäftigten.

Zur Person:
Uschi Kruse

Uschi Kruse hat als Lehrerin für Deutsch und Geschichte gearbeitet und war fast 25 Jahre lang stellvertretende Vorsitzende der sächsischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die sie von 2015 bis 2023 als Vorsitzende führte.



**Kinderarmut kostet
Zukunftschancen –
das können wir uns
als Gesellschaft nicht
leisten. Wir brauchen
jedes einzelne Talent!**

*Rico Gebhardt, Vorsitzender der
Linksfraktion im Sächsischen Landtag*



Damit alle jungen Leute satt werden:

Die Linksfraktion fordert seit Jahrzehnten eine kostenlose Mittagsversorgung in Kitas und Schulen. Sie käme fast 450.000 Kindern zugute, vor allem denen, deren Eltern wenig Geld haben. Die Schulträger sollen selbst entscheiden, wie sie es umsetzen – ob mit Schulküchen oder externen Partnerinnen und Partnern. Ein gesundes und vollwertiges Mittagessen ist unverzichtbar für die gesunde Entwicklung! Übrigens: In Berlin ist das Schulessen für die Klassen 1–6 seit 2019 kostenlos. Es geht also – wenn nur der politische Wille dafür da ist.

Wie wäre es, den Teufelskreis zu durchbrechen? Aus armen Kindern werden oft arme Jugendliche und später arme Eltern, die arme Kinder haben. Einerseits wird Arbeitskräftemangel beklagt – andererseits erreichen zu viele Kinder keinen Schulabschluss, weil sie keine Chance haben, sich aus der Armutsfalle zu befreien. Es ist höchste Zeit für eine echte Kindergrundsicherung. Diese ist bisher politisch nicht in Sicht.

An die Stelle zahlreicher Einzelleistungen, die aufwändig beantragt werden müssen (etwa Bürgergeld, Kinderzuschlag, Kindergeld, Kinderfreibetrag), sollte eine unbürokratische und vor allem gerechte Lösung treten: eine ausreichende monatliche Leistung für alle Kinder, die umso höher ausfällt, je geringer der Verdienst der Eltern ist. In Sachsen werden schließlich mehr als ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten mit einem Hungerlohn abgespeist!

Wir wollen, dass große Vermögen, hohe Einkommen und enorme Erbschaften endlich gerecht besteuert werden. Das wäre gerecht. Zudem müssen die Löhne schneller steigen: Wir machen dafür Druck bei der Staatsregierung. CDU, Grüne und SPD

werden es aber wohl auch in dieser Wahlperiode nicht schaffen, gute Löhne zur Bedingung für staatliche Aufträge zu machen. So behalten Unternehmen beste Chancen auf einen Zuschlag, die ihre Leute mies bezahlen. Absurd!

Ein Fünftel der Kinder und fast ein Drittel der jungen Erwachsenen leben in Familien, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müssen. Junge Leute können nichts dafür, wie viel oder wie wenig Geld ihre Eltern haben. Sie leiden aber besonders, wenn Bildung, gesunde Ernährung, Klassenfahrten, der Sportverein, das Schwimmbad oder der Kinobesuch unbezahlbar sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Hochschule besuchen werden, ist vielfach geringer. So zeichnet Kinderarmut fürs Leben. Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende laufen übrigens noch stärker Gefahr, trotz Arbeit in der Armutsfalle zu landen. Hier werden nicht nur Leben zerstört, sondern auch Talente vergeudet.

Armut ist ungesund, Armut ist ungerecht, Armut ist aber vor allem: vermeidbar. Wir kämpfen für eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient!



Kita-Beiträge runter

Bannewitz, Dresden, Moritzburg, Bad Lausick: Viele Kommunen mussten die Kita-Elternbeiträge weiter erhöhen. Besser geht's den Eltern in Brandenburg: Ab August 2024 müssen sie nichts mehr zahlen, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gilt das schon länger. Elf Bundesländer verzichten ganz oder teilweise auf Eigenanteile, etwa durch beitragsfreie Jahre. Sachsens Regierung aber hält an den Beiträgen fest, trotz der Teuerung und obwohl hier besonders viele Menschen für ihre Arbeit schlecht bezahlt werden. Sachsen muss sie endlich entlasten. Es ist nicht hinnehmbar, dass die 9-Stunden-Betreuung eines Krippenkindes mehr als 300 Euro im Monat kostet – plus Essensgeld!



Heizungstausch: Sozial handeln, niemanden überfordern

Der Bundestag hat das »Gebäudeenergiegesetz« beschlossen, doch Klarheit herrscht keineswegs. SPD, Grüne und FDP treiben die Mehrheit der Bevölkerung in ein Dilemma: Wird eine alte oder defekte Öl- oder Gasheizung abgeschafft, entstehen für Eigenheime fünfstellige Kosten, Miethaushalte müssen mit saftigen Mieterhöhungen rechnen. Ohne Tausch werden die Energiekosten allerdings in absehbarer Zeit unbezahlbar. Wir wollen handeln, jedoch sozial: Der Umbau der Wärmeversorgung darf niemanden überfordern! Preiswerte Energie kommt in naher Zukunft nur noch aus erneuerbaren Quellen. Der Staat muss dabei helfen, sie stärker zu nutzen – das gilt für

Miethaushalte wie für Menschen, die selbst Wohneigentum nutzen. Wir sollten diese Aufgabe sachlich angehen und nicht auf diejenigen hereinfallen, deren politisches Geschäft die Angst ist. Zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wäre ein Milliarden-Sondervermögen angemessen. Bei der Aufrüstung war das ja auch kein Problem! Mieterinnen und Mieter sollen nach energetischer Sanierung nicht draufzahlen müssen, die Modernisierungumlage gehört abgeschafft. Wir wollen gezielte Förderungen für Eigenheime und gemeinwohlorientierte Vermieter wie Genossenschaften. Für Wohnungskonzerne sollen strikte Bedingungen gelten.



Mehr freie Tage für Sachsen

Es ist höchste Zeit, Erholung gesetzlich zu schützen! In Sachsen sind sechs gesetzliche Feiertage an ein Datum gebunden. Immer wieder fallen solche Tage allerdings auf das Wochenende und damit ersatzlos weg. Es wäre gerecht, wenn die Beschäftigten diese Tage nachholen könnten, so wie das weltweit in mindestens 85 Ländern schon geregelt ist. Wir fordern ein Ersatzfeiertagsgesetz für Sachsen, das den Ausgleich in der Folgewoche absichert. »Die Wirtschaft« spricht sich freilich dagegen aus, zusammen mit CDU und AfD. In jeder Feiertagsdebatte wird Panik vor angeblichen wirtschaftlichen Verheerungen gewarnt – aber zusätzliche Arbeitszeit nehmen die Unternehmen gern.

VERANSTALTUNGSTIPPS



»Gebhardt trifft ...«

Immer am ersten Montag im Monat trifft Linksfraktionschef Rico Gebhardt im Zentralkino Dresden, Kraftwerk Mitte 16, auf spannende Gäste.

Seien Sie ab 18 Uhr vor Ort oder online dabei.



»Sozusagen.« – der Online-Talk der Linksfraktion

Unsere Abgeordneten sprechen mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über drängende Themen unserer Zeit.

Seien Sie online dabei.

Landtag von links – kompakt und aktuell

Zeit ist knapp und wir alle freuen uns über prägnante Informationen. Deshalb gibt es auf Wunsch per E-Mail das Wichtigste von Links aus Sachsens Parlament – ohne Tamtam und Textwüsten, und zwar immer zur Monatsmitte und am Monatsende. Natürlich kostenfrei und jederzeit kündbar.



Alle Veranstaltungen **anschauen** oder **nachschauen**:

Mehr **Termine** und **Infos**:

www.youtube.com/linksfraktionsachsen

www.facebook.com/linksfraktionsachsen

www.linksfraktion-sachsen.de

Jetzt abonnieren:
www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter



Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

**Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Pl. 1
01067 Dresden**

oder per E-Mail an:

raetsel@linksfraktion-sachsen.de

Kennwort:

»LiL-Preisrätsel«.

Einsendeschluss ist der

31. Januar 2024

(Poststempel).

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschluss des Rechtsweges fünf **Büchergutscheine!**

Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte die **Adresse nicht vergessen.**

Die Adressdaten werden ausschließlich für die Versendung der Gutscheine an die Gewinnerinnen und Gewinner genutzt und danach gelöscht.

Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten.

Beschäftigte der Fraktion DIE LINKE und deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtigt.

1	2	3	4		5	6	7	8	9	10		11	12	13
14					15						16		17	
18				19						20		21		22
23			24					25						
					26		27			28				
30		31		32								33	34	
				35			36			37	38		39	
	40		41			42			43		44			
45			46		47			48	49				50	
			52			53					54	55		
56					57	58		59		60				
61			62	63							64		65	
66		67								68			69	70
		72	73		74		75		76					
77					78									

Lösung

22	44	46	60	3	34	49	72	5	38	14	21	12	43	47
----	----	----	----	---	----	----	----	---	----	----	----	----	----	----

Waagrecht: 1. Unterrichtende, 11. Fluss durch Innsbruck, 14. engl. für einverstanden, 15. Raumteil zum Speisen, 17. Abk.: Euer Ehren, 18. landschaftlich für: alt, abgenutzt, 19. röm. zweischneidiges Langschwert, 20. indische Anrede von Europäern (Herr), 23. eine Amtssprache in Afghanistan, 25. Vierpolröhre, 26. anschließend, hinterher, 28. zu der Zeit, 30. medizin. Einrichtung, Hospital, 33. nordamerik. Hirsch, 35. Abk.: Landrat, 36. Initialen Lindenberg, 37. Initialen von Wallace, 39. Abk.: in Ordnung, 40. Stadt im Norden Äthiopiens, 42. einheim. Laubbaum, 44. beste Schulzensur, 45. Anlage zur Raumerwärmung, deren Betrieb bezahlbar sein muss, 48. männl. Schwein, Keiler, 50. Initialen Tucholskys, 52. oriental. Flöte, Hirtenflöte, 54. Futterpflanze, mit vier Blättern soll sie Glück bringen, 56. Stadt in Indien mit berühmtem Grabmal, 57. Spanien (Landessprache), 61. Adress-

kürzel im Internet für Deutschland, 62. zum Mittag gereichtes Essen, Hauptmahlzeit, 66. Dorf, Gemeinde, 68. Abk.: im Auftrag, 69. modern, zeitgemäß, 72. Gartenblume, Staude, 76. mehrmals, häufig, 77. Vorname des LINKEN-Politikers Neubert, bis 2017 Mitglied des Sächs. Landtages, 78. Vorname der LINKEN Sozialpolitikerin Schaper.

Senkrecht: 1. engl.: Schleife, Schlaufe, 2. Feingebäck, »Liebesknochen«, 3. Körperteil zwischen Kopf und Rumpf, 4. dänische »Eisenbahnerstadt« in der Kommune Skanderborg, 5. Altersgeldempfänger, 6. ägypt. Stadt am Nil, 7. Abk.: Einzelsicherung, 8. Saal für Großveranstaltungen, 9. chem. Zeichen für Technetium, 10. rauschartige Verzückung, 12. Eifersucht, Missgunst, 13. Wohnausgaben zusätzlich zur Miete, 16. engl. Adelstitel, Graf, 19. salopp: ohnehin, sowieso, 21. Beinbekleidung, 24. engl.: können,

27. Hauptstadt des Schweizer Kantons Graubünden, 30. 1000 m (Abk.), 31. Kurzform von Andreas, 32. Fußteil der Paarhufer, 34. Partei, die sich u. a. für soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und gute Gesundheitsversorgung einsetzt (DIE ...), 38. Fabrik, Produktionsstätte, 40. Missfallen, Verdruss, 41. poln. Name der Insel Usedom, 42. Europäische Gemeinschaft (Abk.), 43. Flachland, 47. Metallstift, Verbindungsbolzen, 53. Badebereich in Kurhotels, 55. Windschattenseite (Schiff), 56. ein Vorname der Radsportlegende Schur (Täve), 58. Stroh für den Stallboden, 59. engl.: Alter, 60. größter Erdteil, 63. Bewohner der »grünen Insel«, 64. Stahlschrank, 65. Komponist (Helmut der Serien-Titelmusik »Zur See«, 67. Geländevertiefung, 70. Abk.: Nummer, 73. Abk.: Kleinkaliber, 74. kurz für Lieferschein, 75. engl.: ist, 76. engl.: eingeschaltet.

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE.
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
Druck: DVH Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Auflage: 1,8 Mio.
Stand: November 2023
Titelfoto: Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag

Weitere Informationen in den folgenden Landtags-Drucksachen:
7/10194, 7/10618, 7/10818, 7/10915,
7/11465, 7/12667, 7/12635, 7/13330,
7/13701, 7/13709, 7/13851, 7/14316.
Alle Drucksachen unter:
<https://edas.landtag.sachsen.de>